



Kreisjugendring Witzenhausen e.V.

check it out!

**Positionen & Tipps zur Bundestagswahl 2005
für junge Leute**



Navigation & Impressum

Inhaltsverzeichnis

Intro	3
Vorstellung der Dirketkandidaten	4
Positionen der Kandidaten	
Ausbildungsplätze	6
Berufliche Perspektive	7
Ganztagsschule	8
Jugendverbände in Schulen	9
Studiengebühren	10
Kinder als Armutsrisiko	11
Integration von MigrantInnEn	12
Generationenverhältnis	13
Föderalismus & KJHG	14
Positionen des Bundesjugendrings	
Bildung	15
Nachhaltigkeit	16
Migration & Integration	17
Partizipation	17
Arbeit & soziale Sicherung	18
Föderalismus & KJHG	19
Zwangs- & Freiwilligendienste	20
FAQs zur Wahl	21
Politiklexikon	24

Impressum

Herausgeber:

Kreisjugendring Witzenhausen e.V.

Walburger Str. 24

37213 Witzenhausen

Tel.: 05542/4890

Fax: 05542/999425

E-Mail: info@kjr-wiz.de

Website: www.kjr-wiz.de

V.i.S.d.P.:

Der Vorstand des Kreisjugendrings

Für die Positionen der Kandidaten sind ausschließlich die jeweiligen Kandidaten verantwortlich.

Redaktion:

Björn Bertram

Layout:

Björn Bertram

Comic:

Carolin Wicke

Auflage:

700 Exemplare

Der Kreisjugendring Witzenhausen stellt sich vor

Der Kreisjugendring Witzenhausen e.V. ist der Zusammenschluss von über 100 Jugendgruppen aus den Städten Witzenhausen, Hessisch Lichtenau, Bad Sooden-Allendorf und Großalmerode sowie der Gemeinde Eichenberg. Wir verstehen uns als:

Stimme der Jugend: Der KJR vertritt die Interessen junger Menschen und der Jugendgruppen in Gremien und Arbeitskreisen sowie in der Öffentlichkeit.

Servicestelle der Jugendgruppen: Material für die Jugendarbeit, fachliche Unterstützung bei geplanten Aktionen, Programmbausteine für Jugendgruppen, Tipps für JugendleiterInnen.

Netzwerk: Wir vernetzen die Jugendgruppen, bieten eine Basis für jugendgruppenübergreifende Aktionen und eine Plattform zum Austausch untereinander.

Freizeitgestaltung: Wir bieten Aktionen, Freizeiten und Seminare für Kinder und Jugendliche - für ein abwechslungsreiches Programm für junge Menschen im Werra-Meißner-Kreis.

Förderer des Ehrenamts: Ohne Ehrenamt gäbe es keine Jugendarbeit. Wir danken mit exklusiven Veranstaltungen und engagieren uns für die Juleica. Und natürlich bilden wir JugendleiterInnen aus und fort.

Raumgestalter: Seit 1985 ist das Haus der Jugend „an den Großen Steinen“ in Trägerschaft des KJR - ein wichtiger Veranstaltungsort für Maßnahmen der Jugendarbeit!

start!

Check it out!

check
it out!

Am 18. September ist es mal wieder so weit: Ein neuer Bundestag wird gewählt. Eigentlich sollte diese Wahl erst ein Jahr später stattfinden. Doch nachdem die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten dem Bundeskanzler das Vertrauen nicht ausgesprochen hat, hat der Bundespräsident vorgezogene Neuwahlen angesetzt. Und jetzt ist es also soweit! Wenn du volljährig bist, darfst auch du wählen und hast damit die Chance, mitzubestimmen, wer in Deutschland zukünftig regiert.

Mit "check it out!" Möchten wir dir keine Tipps geben, wen du wählen sollst. Wir möchten dich nur informieren. Dafür haben wir die Direktkandidaten der im Bundestag vertretenen Fraktionen, die im Wahlkreis 171 "Werra-Meißner - Hersfeld" antreten, um ihre Meinung gebeten. Zu Themen, die uns junge Menschen sicherlich ganz besonders interessieren. Dabei geht es zum Beispiel um Ausbildungsplätze, Ganztagschule, Studiengebühren und Migration. Die **Positionen der Kandidaten** haben wir jeweils gegenüber gestellt, so dass du direkt vergleichen kannst. Auch den Direktkandidaten der Linkspartei/WASG hatten wir um Antworten gebeten, jedoch leider keinerlei Reaktion erhalten.

Außerdem beantworten wir noch viele weitere Fragen rund um die Bundestagswahl in unseren **FAQs** und erklären wichtige Begriffe in unserem **Politik-Lexikon**. Wenn du Lust bekommen hast und dich weiter informieren willst empfehlen wir dir zwei Internet-Seiten:

www.wahlomat.de - du gibst zu einigen politischen Fragen deine Einschätzung ab und daraus ermittelt der Wahlomat eine Wahlempfehlung.

Das Bundeskanzleramt: Wer wird hier ab September regieren?



www.dbjr.de - auf der Website des Deutschen Bundesjugendrings findest du eine Gegenüberstellung der Parteiprogramme zur Bundestagswahl.

Und natürlich findest du auch auf der Site des Kreisjugendrings **www.kjr-wiz.de** viele weitere Informationen und weitere Links zu interessanten Webseiten! Jetzt viel Spaß mit "check it out!"

Dein Team vom Kreisjugendring
Witzenhausen e.V.

P.S.: Dass du am 18.09. wählen gehst ist doch logisch, oder!?!

Die Direktkandidaten im

Michael Roth



SPD - Sozial-
demokratische
Partei Deutsch-
lands



Wohnort: Heringen (Werra) und Berlin

Beruf: Diplom-Politologe, Bundestags-
abgeordneter

Alter: 34 Jahre

Liebings-Reiseziel: ans oder aufs
Meer, zu Freunden

Liebings-Kinofilm: Herr der Ringe
Trilogie

Warum kandidieren Sie?

Ich habe Freude daran, gemeinsam mit Anderen etwas zu bewegen. Deshalb engagiere ich mich politisch. Nicht jammern, sondern anpacken, ist meine Devise.

Ich setze mich ein für Lehrstellen und Jobs für junge Menschen vor allem in unserer Region. Ich arbeite für eine Europäische Verfassung, die die EU demokratischer, handlungsfähiger und bürgernäher macht. Ich suche das Gespräch mit Jugendlichen, um sie zum Mitmachen zu ermuntern und ihnen den Wert von Solidarität nahe zu bringen.

Helmut Heiderich



CDU - Christlich
Demokratische
Union
Deutschlands



Wohnort: Friedewald

Beruf: Oberstudienrat an gymnasialer
Oberstufe, Dozent für Wirtschaftsinfor-
matik an Fachhochschule, Ausbilder an
Fachschule für E-Technik und Berufs-
schule, Selbständiger Landwirt

Alter: 56

Familienstand: verheiratet, 2Töchter

Warum kandidieren Sie?

Hauptsächlich kandidiere ich, um nach sieben Jahren Misswirtschaft der SPD den Menschen wieder Arbeit und den Jugendlichen wieder eine Chance auf Ausbildung und anschließende Beschäftigung zu geben. Für den Wahlkreis ist der zügige Ausbau der A44 auch dafür dringende Voraussetzung. Mit der Entrümpelung des Planungsrechts und der Abschaffung der Dauerblockade bin ich schon jetzt einer der Vorkämpfer in meiner Fraktion. Daneben bin ich deutschlandweit für die Bio- und Gentechnik zuständig. Einer neuen Schlüsseltechnologie, zu deren Wettbewerbsfähigkeit ich weiter beitragen will.

Jörg Althoff



Bündnis90 /
Die Grünen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Wohnort: Ludwigsau-Biedebach

Beruf: Forstbeamter

Alter: 46 Jahre

Familienstand: verheiratet, 3 Kinder

Liebblings-Reiseziel: Usedom

Kinofilm: „Der Name der Rose“

Warum kandidieren Sie?

Ich sehe meine Aufgabe als Bundestagsabgeordneter darin, die Menschen unserer Region wieder mehr für Politik zu interessieren und zu beteiligen. Die Lösung von Problemen beginnt immer mit der Bereitschaft zur Begegnung und zur Kommunikation. Im Grundgesetz heißt es im Artikel 21: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“. Dort steht nicht: „Die Parteien ersetzen diese Willensbildung oder sie nehmen die Willensbildung stellvertretend für das Volk wahr. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass die Bürger die Möglichkeit bekommen, wie in der Schweiz durch Volksentscheide bzw. Bürgerbegehren auf politischen Entscheidungen direkt Einfluss zu nehmen.

Thomas Fehling



FDP - Freie
Demokratische
Partei

FDP

Die Liberalen

Wohnort: Bad Hersfeld

Beruf: Dipl.-Wirtschaftsinformatiker(TU)

Alter: 37 **Familienstand:** ledig

Liebblings-Reiseziel: Park City (USA)

Warum kandidieren Sie?

Ich davon überzeugt, dass der rot-grüne Irrtum in Berlin beendet werden muss. Gerhard Schröder wollte sich an der Arbeitslosenzahl messen lassen, und er hat damit voll versagt. Zudem habe ich große Sorge, dass das neue Linksbündnis unter Führung der beiden „Großschnauzen“ und Kneifer (wenn es ernst wird) eine neue kommunistische Basis in unserem Land bekommt. Dagegen will ich meinen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung setzen. Heißt, jeder soll seine Vorstellung vom Leben verwirklichen können und nicht ständig vom Staat Vorschriften bekommen.

Ich will erreichen, dass Technologie-/Innovationsprojekte zuverlässig und ohne Geldverschwendung durchgeführt werden. Schlechtes Beispiel ist für mich das Maut-Projekt, wo viele hundert Millionen mehr bezahlt wurden und dieses Geld dann für Bildungsprojekte und Schulen fehlt. ...

Die **Ausbildungs- und Arbeitsplatzperspektive für junge Menschen** ist im Werra-Meißner-Kreis nicht besonders „rosig“. Befragungen haben gezeigt, dass über 40% der jungen Menschen zum Erreichen ihres beruflichen Zieles den Werra-Meißner-Kreis verlassen müssen/wollen. Bereits heute ist der Landkreis unter allen hessischen Landkreisen derjenige mit dem stärksten Rückgang der Bevölkerungszahlen.

Michael Roth

Die Chance auf einen Ausbildungsplatz ist maßgeblich von einem qualifizierten Schulabschluss abhängig. Daher müssen wir Jugendliche so fördern, dass niemand ohne Abschluss die Schule verlässt. Viele Betriebe verweigern sich beharrlich ihrer Verpflichtung auszubilden. Wer nicht ausbildet, muss zahlen. Dafür kämpfe ich schon seit Jahren. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn junge Menschen für einige Zeit ihre Heimat verlassen, um neue Erfahrungen zu sammeln. Nur sollten sie auch wiederkommen können. Der Werra-Meißner-Kreis lohnt trotz mancher Schwierigkeiten eine Rückkehr allemal!

Helmut Heiderich

Der Werra-Meißner-Kreis braucht endlich gleiche Wettbewerbschancen wie andere Regionen. Dafür ist die A44 die entscheidende Voraussetzung. Die SPD und deren Abgeordnete haben 2002 das Planungsrecht weiter verschärft und damit die Dauerblockade durch ständige Klagen vor Gericht erst möglich gemacht.

Mit einer CDU-Regierung wird es hier sofortige Veränderungen geben. Zweitens muss Deutschland insgesamt wirtschaftlich wieder durchstarten. Soziale Marktwirtschaft statt Klassenkampf ist

dafür mein Schlagwort. Voraussetzungen schaffen für neue Arbeitsplätze, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle weh tut. Neues Wachstum schaffen, statt Mangel unter alle aufteilen. Nur so wird auch der Werra-Meißner-Kreis auf Dauer profitieren.

Jörg Althoff:

Zum Gegensteuern halte ich folgende Maßnahmen für sinnvoll:

- Förderung überbetrieblicher Ausbildung
- Förderung innovativer Arbeits- und Ausbildungsplätze insb. im Bereich erneuerbarer Energien, Natur- und Landschaftsschutz, Bildung und Gesundheit sowie Tourismus (Grünes Band)
- Unterstützung ausbildender Betriebe und Einrichtungen
- Reform des Ausschreibungsrechts (lokale Vergabe von Aufträgen, keine deutschlandweite bzw. europaweite Ausschreibung)

Thomas Fehling

Diesen Punkt sehe ich zweigeteilt:

- Ich denke, dass es für jeden jungen Menschen eine gute Erfahrung ist, mal die Heimat zu verlassen und neue Kulturen, Lebensgewohnheiten und

haben geantwortet

Menschen kennen zu lernen. Die Welt steht uns offen wir müssen dies nutzen. Ich habe viele Jahre in verschiedenen Städten in Deutschland gelebt und bin in Europa gereist. Da hat mir viele neue Eindrücke gebracht.

- Die Arbeitsplatzsituation ist eine Riesensauerei der Regierung, denn in kaum einer Zukunftstechnologie, die Arbeitsplätze schafft, ist Deutschland führend oder spielt eine nennenswerte

Rolle. Da müssen wir durch Innovationen neue Chancen schaffen, die auch in Werra-Meißner fruchten. Mit diesen Chancen müssen die abgewanderten Jugendlichen zurück gewonnen werden. Ein ähnliches Konzept entwerfe ich gerade mit Freunden für Bad Hersfeld/Rotenburg. Hier lassen sich sicher Ideen kombinieren.

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass es für junge Menschen eine **berufliche Perspektive im Werra-Meißner-Kreis gibt?**

Michael Roth:

Wir liegen in der Mitte Deutschlands und Europas. Neue Arbeitsplätze entstehen auch durch eine bessere verkehrliche Erschließung. Daher brauchen wir die A 44 so schnell wie möglich. Unsere Region hat eine herrliche Landschaft, eine halbwegs intakte Umwelt. Wir sollten sie stärker touristisch vermarkten. Unsere Dörfer entlang der Fulda und der Werra haben schließlich viel zu bieten. Erneuerbare Energieträger können in unsere Region noch stärker genutzt werden. Auch das schafft Arbeitsplätze. Und ich streite weiterhin für ein Instrument wie die „Gemeinschaftsaufgabe Strukturförderung“, mit dem wir innovative Betriebe, die Arbeitsplätze sichern und schaffen, unterstützen.

läufe

- Wirtschaftliche Stärkung der Einzelbetriebe der Landwirtschaft, des Handwerkes, des Handels, der Kleinindustrie und des lokalen Bankwesens
- Nachhaltige kostenmäßige Entlastung des Faktors Arbeit
- Erhöhung der wirtschaftlichen Handlungsspielräume der Kommunen

Thomas Fehling:

Dazu habe ich eine glockenklare Strategie: Mehr Innovationen und mehr Technikfreundlichkeit. Hier veranstaltet die FDP regelmäßig Technologie-Veranstaltungen, um neue Ideen und Technologien dem Bürger nahe zu bringen. Aber das geht nicht alleine, denn die Jugendlichen müssen endlich aufwachen und ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Sie müssen Verantwortung für ihre Ausbildung übernehmen. Sich anstrengen und Leistung bringen ist eine notwendige Voraussetzung dazu. „Es fliegen keine gebratenen Tauben direkt ins Maul“

Helmut Heiderich:

Siehe vorherige Frage.

Jörg Althoff:

- Stärkung der lokalen Wirtschaftsstrukturen und regionaler Wirtschaftskreis-

Im Werra-Meißner-Kreis gibt es zurzeit zwei **Ganztagschulen**. Welche Hoffnungen und Befürchtungen verbinden Sie persönlich mit der Schaffung von Ganztagschulen?

Michael Roth:

In Deutschland entscheidet immer noch die Dicke des Geldbeutels der Eltern über die Bildung ihrer Kinder. Daher brauchen wir mehr Qualität und Betreuung an den Schulen. Der Bund fördert Ganztagsangebote an den Schulen meines Wahlkreises mit mehr als sechs Millionen Euro. Im Werra-Meißner-Kreis profitieren bislang die Paul-Moor-Schule Wehretal, die Freiherr-vom-Stein-Schule Hessisch Lichtenau, die Anne-Frank-Schule Eschwege und die Elisabeth-Selbert-Schule Wanfried. Das Land will Schulen im ländlichen Raum schließen. Ich setze auf zukunftsweisende Bildungskonzepte, die alle Jugendliche individuell fördern.

Helmut Heiderich:

Ganztagschulen sind keine Aufgabe der Bundespolitik, sondern liegen in der Zuständigkeit des Landes Hessen. Dass Schulen auch am Nachmittag Angebote machen, ist sinnvoll. Dafür hielte ich eine „Zwangs-Ganztagschule“, die verpflichtend von 8 bis 17 Uhr wäre, für unsere Region nicht für sinnvoll.

Jörg Althoff:

Ganztagschulen sind besonders wichtig für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen und benachteiligten Schichten zur Förderung ihrer Chancengleichheit in Schule, Beruf, Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern. Laut Pisa schnitten insbesondere junge Menschen niedriger Bildungsstufen schlechter ab als ihre AltersgenossInnen anderer Länder, unter ihnen vor allem SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Über individuelle Förderung und Gruppenangebote kann die Ganztagschule hier besser als die Teilzeitschule Defizite ausgleichen und Gleichstellung voranbringen.

Thomas Fehling:

Ganztagschulen ermöglichen jungen Frauen den Weg in die Berufstätigkeit. Kinder und Jugendliche müssen auch wieder akzeptieren, dass Bildung der Schlüssel für eine sichere Zukunft ist. Dazu muss man auch viel lernen.

Wie kann Ihrer Meinung nach gewährleistet werden, dass **Jugendverbände an Ganztagschulen Angebote unterbreiten können?** Oftmals sind die JugendleiterInnen, die solche Angebote leiten könnten, selber noch SchülerInnen oder müssen zu diesen Zeiten arbeiten.

Michael Roth:

Eine bessere Betreuung an den Schulen gelingt nur mit Unterstützung von Vereinen, Kommunen und Eltern. Sport-, Kultur- und Sozialprojekte sind gemeinsam mit den Aktiven vor Ort zu entwickeln. Hier spielen unsere Jugendverbände eine zentrale Rolle. Sofern sich Jugendliche positiv einbringen, sollte dies bei Bewertungen und Bewerbungen anerkennend berücksichtigt werden.

Schul- und Berufsausbildung für breite Schichten und nicht nur für eine kleine Elite von Gym.-SchülerInnen gesichert werden. Außerdem brauchen wir dringend mehr Unterrichtsangebote in Bewegung/Sport, Ernährungswissenschaft und Kreativfächern, auch im Hinblick auf neue Berufsfelder. Es ist gut, wenn Jugendverbände mit qualifizierten Angeboten an Nachmittagsangeboten teilhaben, aber das geht nicht zum Nulltarif.

Helmut Helderich:

Siehe vorherige Frage

Jörg Althoff:

Die Nachmittagsangebote müssen von qualifizierten PädagogInnen durchgeführt und entsprechend vergütet werden. Nur so kann Qualität zwecks Weichenstellung für eine zukunftsorientierte hochqualifizierte

Thomas Fehling:

Nun. Das ist sicher ein Problem. Denn man kann nicht alles zugleich machen. Trotzdem ist das Engagement für andere (insbesondere ehrenamtlich) ein wichtige Säule unserer Gesellschaft. Hier muss es ein System der Anerkennung von Ehrenamt geben. Z.B. durch entsprechende Vermerke im Zeugnis.

Die Einführung von **Studiengebühren** wird bereits seit einigen Jahren diskutiert. Viele Bundesländer prüfen/planen nun die Einführung. Was halten Sie persönlich von der Einführung solcher Gebühren? Warum? Unter welchen Bedingungen?

Michael Roth:

Ich lehne Studiengebühren ab. Aus eigener Erfahrung weiß ich: Wir brauchen keine neue Hürden für ein Studium. Die zum Teil miserablen Studienbedingungen können nicht allein auf Kosten der Studierenden verbessert werden. Unsere Gesellschaft insgesamt muss deutlich machen, was ihr ein gutes Bildungssystem wert ist. Und dies muss von Allen finanziert werden über ein gerechtes Steuersystem.

Helmut Heiderich:

Wenn Studiengebühren helfen, die Ausbildungssituation zu verbessern, sind sie richtig. Das gilt vor allem für viele „Dauer-Studenten“, welche anderen die Studienplätze blockieren. Zudem können die Einnahmen aus Studiengebühren für bessere Personalausstattung und bessere persönliche Ausbildungsbedingungen für die Studenten eingesetzt werden. Mit der Möglichkeit, das BAföG durch ein Studiendarlehen zu ergänzen, kann auch die Finanzierung gesichert werden.

Jörg Althoff:

Die Einführung von Studiengebühren ist in mehrfacher Hinsicht ungerecht: sie trifft vor allem Studierende aus Arbeiterfamilien, Mittelstandsfamilien und kinderreichen Familien. Schon jetzt müssen viele Studierende ihren Lebensunterhalt durch zusätzliche Arbeit sichern. Dadurch verlä-

ngert sich die Studienzzeit. Und schon jetzt erheben viele Unis Semestergebühren. Weitere Studiengebühren würden die ökonomischen Probleme dieser Studierenden weiter verschärfen und in vielen Fällen zu Studienabbrüchen bzw. Nichtaufnahme des Studiums führen. Studiengebühren bedürften zumindest einer Vorlaufzeit, in der sich zukünftige StudentInnen darauf einstellen können. Zumindest sind den StudentInnen Kredite anzubieten. Nicht jede/r ist allerdings bereit, mit einem Schuldenberg ins Berufsleben zu starten. Ungerecht ist auch, wenn die Gebühren in den verschiedenen Bundesländern und Unis unterschiedlich gehandhabt werden. Durch die Einnahme von Studiengebühren ist davon auszugehen, dass die Bundesländer die Zuweisungen an die Hochschulen erheblich kürzen bzw. streichen werden und somit die Finanzsituation der Hochschulen weiter angespannt bleiben wird.

Thomas Fehling:

Ich halte Studiengebühren für richtig, da damit die Qualität der Hochschulen gestärkt wird. Nur durch gute Hochschulen kommen wir in der Weltwirtschaft wieder nach vorne. Ich selbst habe viel Zeit an der Uni verloren, weil es nicht genug gute Dozenten gab. Kinder aus einkommenschwachen Familien brauchen dann aber eine stärkere finanzielle Unterstützung. Dies könnte z.B. über Bildungsgutscheine gelöst werden.

Kinder sind heute, das belegen immer mehr Studien, ein „Armutsrisiko“ für junge Familien. Mit welchen Mitteln wollen Sie es erreichen, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden und die „Attraktivität“ steigt, Kinder zu bekommen?

Michael Roth:

In den vergangenen Jahren haben wir das Kindergeld massiv erhöht und die Steuerlast für Familien gesenkt. Der Bund investiert obwohl wir dafür gar nicht zuständig sind vier Milliarden Euro in mehr Bildung und Betreuung an unseren Schulen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, haben wir die Elternzeit geschaffen und fördern Krippen- und Kita-Plätze. Dabei helfen wir den Kommunen, in dem wir sie finanziell entlasten. In einem Bündnis für Familien haben Bundesregierung, Gewerkschaften und Wirtschaft flexible Arbeitszeitmodelle, mehr Teilzeitjobs und Betreuungsmöglichkeiten in den Betrieben vereinbart.

Helmut Heiderich:

Deutschland ist, was die Kinder angeht, weltweit auf den hinteren Rängen. Hier muss eine grundsätzliche Umorientierung stattfinden. Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern auch um die gesamte Einstellung der Bevölkerung. Die CDU will mit einer Reihe von Punkten, von der Rentenversicherung bis zur Familienbetreuung, die „Attraktivität“ von Familien verbessern. Ein kleiner Punkt davon war z.B., die Eigenheimzulage für junge Familien trotz der ständigen Attacken der SPD zu erhalten.

Jörg Althoff:

- ◉ Bessere und kostenlose bzw. kostengünstige Kinderbetreuung von Geburt an durch Kindertagesstätten mit ganztägigem Betrieb und flexiblen Bring- und Abholzeiten, Ganztagschulen, Schüler- und Studentenbafög, Unterstützungsleistungen der Kinder- und Jugendhilfe
- ◉ Förderung von Kinderbetreuung in Ausbildungseinrichtungen und Betrieben
- ◉ Qualitative Verbesserung von Kinderbetreuung, z. B. kleine Gruppen und individuelle Förderung
- ◉ Ausbau der Gleichstellung von Mann und Frau
- ◉ Entwicklung neuer Betreuungsmodelle, auch generationenübergreifend

Thomas Fehling:

Z.B. durch das exzellente Steuersystem der FDP. Hier bekommt jedes Kind den Grundfreibetrag von rund 7.700 Euro und Kindergeld in Höhe von 200 Euro. Für „arme“ Familien wird es das Bürgergeld geben, wodurch eine einfache und gerechte Unterstützung gewährleistet wird.

Die **Integration von MigrantInnEn** ist immer noch eine große gesellschaftliche Aufgabe. Wie kann das Ziel der Integration erreicht werden? Bitte beschreiben Sie außerdem, wie aus Ihrer Sicht eine gelungene Integration aussieht!

Michael Roth:

Wir sind ein Einwanderungsland. Diese Selbstverständlichkeit ist von der CDU jahrzehntelang geleugnet worden. Wir haben das Staatsbürgerschafts- und Zuwanderungsrecht modernisiert gegen massive Widerstände der Opposition. Migrantinnen und Migranten müssen sich in unserem Land heimisch fühlen können. Dazu gehört zwingend das Erlernen der deutschen Sprache. Wir müssen die kulturelle und religiöse Vielfalt Deutschlands anerkennen. Gleichzeitig müssen alle in Deutschland lebenden Menschen unsere Verfassung und die darin verbrieften Grund- und Freiheitsrechte akzeptieren. In meinem Wahlkreis sind eine Vielzahl gelungener Integrationsprojekte auf den Weg gebracht worden auch mit Unterstützung des Bundes. Die haben zwischenzeitlich sogar bundesweit Anerkennung gefunden.

Helmut Helderich:

Integration ist nach wie vor eine wichtige Aufgabe. Voraussetzung dafür ist zuerst die Beherrschung der deutschen Sprache. Deswegen ist es zu begrüßen, dass die hessische Landesregierung dies in den Kindergärten und vor Besuch der Schulen nunmehr zur Bedingung gemacht hat. Es darf einfach nicht mehr sein, dass Migranten der zweiten oder dritten Generation oder solche, die Jahrzehnte hier leben, nicht die deutsche Sprache beherrschen. Weiterhin gehört dazu ein großer Komplex an Maßnahmen, von der Schule über die Vereine bis zur Arbeitsstelle, die im Rahmen einer solchen kurzen Stellungnahme nicht beschrieben werden können.

Jörg Althoff:

Integration ist das Zusammenwirken verschiedener Teile eines Ganzen als Einheit. Integration bedeutet nicht Assimilation sondern Akzeptanz verschiedener Lebensweisen und Kulturen unter dem Primat von Menschenwürde und Demokratie. Als Teil unserer Gesellschaft sollen Menschen mit Migrationshintergrund gleichgestellt sein und gefördert werden in Sprache, Bildung und Beruf, um gleiche Chancen für ein eigenständiges Leben zu erhalten. MigrantInnen bereichern unsere Gesellschaft und helfen mit ihrer Arbeit und ihren Kindern, auch unsere Zukunft zu sichern. Sie müssen ihren Platz in unserer Mitte haben und nicht an den Rand gedrängt werden.

Thomas Fehling:

Ich bereise seit vielen Jahren die Welt und verstehe mich als Europäer! Integration muss von beiden Seiten kommen. Wenn ich in ein Land reise oder dort wohne, muss ich mich der Kultur und Sprache anpassen. Im Gegenzug darf ich auch erwarten, dass das Land mir keine Steine in den Weg legt. Hier habe ich große Sorge, dass Lafontaine und Gysi viel kaputt machen. Wie sieht eine gelungene Integration aus? Indem wir darüber gar nicht mehr sprechen müssen, sondern wie selbstverständlich andere fremd aussehende Menschen als eine Bereicherung verstehen und gemeinsam für eine friedliche und lebenswerte Welt eintreten.

Bitte setzen Sie sich mit dieser These auseinander: „Generationengerechtigkeit bedeutet auch, dass jede Generation für die Schulden aufkommen muss, die sie verursacht hat. Dies bedeutet: **Die Angebote für junge Menschen (Kindergärten, Schule, Studium, Jugendarbeit und -hilfe,...) dürfen unter den Haushaltskonsolidierungen nicht leiden.**

Michael Roth:

„Generationengerechtigkeit“ droht bisweilen zu einem Kampfbegriff zwischen Alt und Jung zu verkommen.

Selbstverständlich stellen Schulden eine Belastung für heutige und künftige Generationen dar. Aber vergessen wir nicht: ein Großteil unserer Staatsschulden wurde durch die Vereinigung verursacht. Um unsere Land zu modernisieren, müssen wir JETZT in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur investieren. Trotz notwendiger Sparmaßnahmen. Das heißt aber auch, dass wir in finanziell besseren Zeiten auch wieder Schulden zu tilgen haben.

Helmut Heiderich:

Die SPD wollte 2006 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorlegen. Statt dessen hat sie den höchsten Schuldenberg aufgehäuft, den es in Deutschland je gegeben hat. Auch durch Druck dieser Rekordverschuldung sind z.B. die Rentenkassen derart ramponiert, dass jetzt die Rente auf „Pump“ finanziert werden muss.

Was auf keinen Fall leiden darf, ist die Ausbildung und Qualifizierung der jungen Generation. Im Gegenteil, für Bildung und Forschung müssen wir mehr Mittel aufwenden als in den letzten Jahren, wenn wir international nicht abgehängt werden wollen. Aber das gesamte Finanzdesaster werden wir nur in Griff bekommen, wenn es in Deutschland wieder mehr Arbeit und eine florierende Wirtschaft gibt. Auch aus diesem Grund ist alles Regierungshandeln

unter „Vorfahrt für Arbeit“ einzuordnen.

Jörg Althoff:

Dem stimme ich voll zu. Deshalb darf nicht an Erziehung und Bildung gespart werden. Im Gegenteil, hier müssen mehr Haushaltsmittel bereitgestellt werden, um unsere Bildungsstandards zu verbessern und junge Menschen hoch zu qualifizieren. Gespart werden muss an anderen Stellen im Bundeshaushalt, um nachfolgende Generationen nicht mit einem ungeheuren Schuldenberg zu belasten. Ich halte es für wichtig, dass keine neuen Kredite aufgenommen werden dürfen, um Haushaltslücken zu stopfen. Große Einsparpotentiale gibt es beim Bundesverkehrsminister. Den Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen in einem Land mit dem dichtesten Straßennetz weltweit halte ich finanziell und ökologische für nicht verantwortbar.

Ich halte eine Strukturreform von „oben“ für dringend erforderlich. In einem vereinigten Europa sind 16 Bundesländer mit 16 „Landesfürsten“ und 16 Parlamenten kostenmäßig und politisch nicht mehr tragbar; 8 Bundesländer wären vollkommen ausreichend.

Thomas Fehling:

Hierzu habe ich eine glockenklare Meinung. Die Altherrenrunde in Berlin (Herren Stolpe (71 Jahre), Schily (72 Jahre), Clement (63 Jahre) und die anderen)

haben den Karren in den Dreck gefahren und zwar auf Kosten der jungen Generationen. Wir (und dazu zähle ich mich mit 37 Jahren dazu) müssen die Suppe nun auslöffeln. Wir müssen mit einem kaputten Steuersystem, einem kaputten Rentensystem, einem kaputten Gesundheits-

system mit immer weniger jungen Menschen immer mehr Alte finanzieren. Das kann und wird nicht gut gehen. Und wenn wir keine Innovationen und neue Arbeitsplätze bekommen, dann wird das System in sich zusammenbrechen. Deshalb kandidiere ich.

Im Zuge der Beratungen der **„Föderalismus-Kommission“** um die Aufgabenverteilung zwischen Bund und den Ländern wurde u.a. darüber diskutiert, das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG / SGHB VIII) in die Zuständigkeit der Länder zu übertragen. Der Kreisjugendring spricht sich, ebenso wie die anderen Träger der Jugendhilfe gegen eine solche Verlagerung aus. Wie stehen Sie zu diesen Überlegungen?

Michael Roth

Ich habe mit vielen Menschen gesprochen, die sich im Bereich der Jugendarbeit engagieren. Sie plädieren ausnahmslos für eine Zuständigkeit des Bundes. Die Argumente haben mich überzeugt.

gleicher Chancen und Angebote für Kinder und Jugendliche Hilfeleistungen und Förderangebote in allen Bundesländern auf gleichem Recht basieren müssen

- ◉ Erhaltung des Jugendhilfeausschusses auf kommunaler Ebene

Helmut Heiderich

In der Föderalismusdebatte hat die CDU deutlich gemacht, dass der Bund im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auch in Zukunft einheitliche Mindeststandards vorgeben sollte. Die Fraktion hat sich für den Erhalt der bestehenden Gesetzgebungskompetenz ausgesprochen.

Thomas Fehling

Ich muss gestehen, dass ich diesen speziellen Punkt nicht genau bewerten kann. Vielleicht können Sie mir den Zusammenhang und die Vor-/Nachteile mal aufzeigen. Grundsätzlich ist meine Meinung, dass ich zu Themen, bei denen ich mich nicht wirklich gut auskenne, die Klappe halte. Daher brauche ich hier Nachhilfe, bevor ich mich festlegen kann.

Jörg Althoff

Das KJHG soll Bundesgesetz bleiben, weil:

- ◉ die darin enthaltenen Hilfeleistungen keine bundeslandspezifischen Eigenheiten zu berücksichtigen haben
- ◉ Verständlichkeit und Transparenz nicht durch ein Vielfaches an Gesetzen erschwert werden darf
- ◉ gemäß dem Grundsatz bundesweit

Jugend zählt!

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) ist die Interessenvertretung der Jugendverbände und der Kinder und Jugendlichen auf Bundesebene. Deshalb hat der DBJR Positionen und Forderungen an eine jugendgerechte Politik entwickelt. Diese möchten wir euch hier ausschittsweise vorstellen. Die gesamten Forderungen findet ihr auf unserer Website www.kjr-wiz.de oder auf der des DBJR (www.dbjr.de).

Bildung: Der Rohstoff der Zukunft

Der wichtigste Rohstoff in Deutschland ist schon lange nicht mehr Kohle oder Erz, sondern die Bildung. Wer sich Gedanken über die Zukunft unseres Landes macht, kommt an der Frage der Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen nicht vorbei. Vokabeln-Pauken, Klausuren, Zeugnisse – das ist das eine. Doch Bildung meint weit mehr, als sechs Stunden am Tag die Schulbank drücken. Die Kinder- und Jugendverbände sind ein wichtiger und eigenständiger Bestandteil des Bildungssystems. Denn aktiv sind sie in der Schule, vor der Schulzeit und danach. „Lebenslanges Lernen“ – das Stichwort ist bekannt, doch Taten stehen aus. Statt die die Weichen dafür zu stellen, dass Lernen als lebenslanger Prozess verstanden und



verwirklicht wird, wird noch immer an einem überkommenden Bildungsbegriff festgehalten. Schlimmer noch: Statt einem Mehr an Bildung drohen Kürzungen und Rückbau. Wartelisten für den Kita-Platz, Jugendliche ohne Lehrstelle, überfüllte Klassenzimmer und Hörsäle – das ist der traurige Alltag im Land der Dichter und Denker. Für uns ist klar: Die Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche in Deutschland müssen ausgebaut werden – quantitativ wie qualitativ. Aus der täglichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wissen wir, dass Erziehung und Bildung nicht mittags am Schultor enden dürfen. Aus der Kooperation von Kinder- und Jugendverbänden mit der Schule wissen wir, dass sich Jugendliche heute Kompetenzen aneignen müssen, die über den engen Fächerkanon des Lehrplans hinausgehen. Gebraucht werden dafür nicht überhastete Patentrezepte, sondern langfristige, klare Positionen in der Bildungspolitik.

Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, selbstbestimmt und jenseits von Sachzwängen ihre eigenen Lebensperspektiven zu entwickeln. Wer von der jungen Generation „lebenslanges Lernen“ fordert, sollte es ihnen nicht schon im Grundschulalter vermiesen! Wer von den angehenden Erwachsenen Flexibilität am künftigen Arbeitsplatz erwartet, kann sie nicht heute in enge Lehrpläne und starre Zeitstrukturen zwingen! Wer Elite sagt und dabei „Rotstift“ meint, der sollte sich klar machen, dass die Besten gerade dann herauskommen, wenn alle die gleichen Chancen und Zugangsmöglichkeiten zu den Bildungsstätten haben! Bildung ist das

Knowhow, um die Zukunft zu gestalten. Diesen Rohstoff sollten wir nicht vergeuden!

Nachhaltigkeit: Über das „Heute“ hinausdenken



Wie die Zukunft aussieht, entscheidet sich heute. Den Lebensbedingungen von morgen muss durch vorausschauende Politik bereits heute eine gute Grundlage gegeben werden. Nachhaltigkeit bedeutet, dass die

jetzige Generation nicht auf Kosten der nächsten lebt – das ist die zentrale Forderung der Kinder- und Jugendverbände an die Politik. Nachhaltigkeit hat dabei den Schutz unserer Umwelt genauso im Blick wie Perspektiven für Beschäftigung und Ausbildung oder die Finanzpolitik. Vorausschauende Politik ist gefragt: Junge Menschen leben heute mehr denn je in einer Welt, die von rapiden Veränderungen bestimmt ist. Wer Nachhaltigkeit ernst meint, muss die Alltagsprobleme, die Sorgen und Bedürfnisse der Jugendlichen und Kinder kennen und berücksichtigen! Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist das Interesse an umweltgerechten Entwicklungen stark ausgeprägt – schließlich sind sie alltäglich mit den Veränderungen der Lebensbedingungen konfrontiert: Beim Radfahren durch verkehrsüberfüllte Innenstädte; auf dem Spielplatz, der sich allmählich in eine Müll-

halde verwandelt! Man muss jungen Menschen umweltbewusstes Verhalten also nicht einpauken – doch sollte man es ihnen auch nicht durch eine zögerliche Umwelt- und Verkehrspolitik vermiesen. Wenn der Kinobesuch ausfallen muss, weil der letzte Bus schon lange im Depot steht, dann ist klar, dass das Auto zum Symbol der Freiheit wird.

Auch in der Arbeitswelt stehen Veränderungen an, die junge Menschen vor neue Herausforderungen stellen. Der Blick auf überfüllte Universitäten, auf ein veraltetes Bildungssystem und auf die Situation am Arbeitsmarkt versetzt viele Jugendliche zu Recht in Sorge. Um Jobs für die Zukunft zu schaffen, müssen dabei alte Scheuklappen fallen: denn schon lange zeigen etwa die Forschung und Entwicklung von Umwelttechnologien, dass sich das Ökologische und das Ökonomische nicht ausschließen. Nicht zuletzt gilt es, auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik umsichtig und zukunftsgerichtet zu agieren. Schuldenberge so hoch, dass sie kaum mehr abgebaut werden können – das ist nicht nur verantwortungslos, sondern schränkt auch die Handlungsmöglichkeiten künftiger Generationen ein. Nachhaltiges Haushalten muss Richtschnur der Finanzpolitik sein – und das auch international: denn wenn in unserer globalisierten Welt Geld keinen Halt vor nationalen Grenzen macht, darf auch Verantwortung nicht am Schlagbaum enden! Gerade in Hinsicht auf die ärmsten Länder dieser Welt stellt uns die Globalisierung vor neue Herausforderungen, die wir als Chance begreifen sollten: Für mehr Gerechtigkeit – und für ein Erbe, das wir unseren Kindern mit gutem Gewissen übergeben können.

Integration: Miteinander – together – razem – beraberce

Ein Blick auf den Spielplatz oder in die Fußgängerzone, auf den Arbeitsplatz oder in die Nachbarschaft macht es klar: In unse-



rem Land leben Menschen verschiedener Herkunft. So selbstverständlich der Umgang zwischen Menschen deutscher und nicht-deutscher Herkunft im Alltag ist, so lange hat es gedauert, bis auch auf politischer Ebene anerkannt

wurde, was längst gesellschaftliche Realität ist: Die deutsche Gesellschaft ist eine Zuwanderungsgesellschaft.

Umso mehr treten damit die Herausforderungen für eine effektive Integrationsarbeit in den Fokus. Der Handlungsbedarf ist akut, denn zulange wurde unter Integration hierzulande Assimilation verstanden, waren Ausgrenzung und Isolation die Folge. Für uns ist klar, dass Integration nur gelingen kann, wenn damit ein Miteinander und kein Gegeneinander gemeint ist. Nicht um das Einebnen von Differenzen geht es, sondern darum, andere Kulturen und Lebensweisen als eine Bereicherung für unsere Gesellschaft insgesamt zu verstehen. Ein friedliches, tolerantes Zusammenleben beginnt im Kindesalter. Gerade hier gilt es, Jugendlichen und Kindern mit Migrationshintergrund die gleichen Partizipations- und Bildungsmöglichkeiten wie anderen Kindern zu bieten. Vom Sandkasten bis zum Rentenalter – Teilhabe ist das Schlüsselwort: Ob Jugend-

zentrum oder Bürgerinitiative, ob Uni oder Arbeit – die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Kulturen, sondern zwischen Ausschluss und Teilhabe. Kurzfristige Förderprogramme wie populistische Forderungen zur Integration kann man sich sparen, wenn Menschen mit Migrationshintergrund dort stehen, wo sie stehen sollten: Mitten in unserer Gesellschaft!

Partizipation: Früh übt sich...

Partizipation – so sperrig dieser Begriff auch klingt, er ist längst in weite Teile von Politik und Gesellschaft vorgedrungen. Doch dort fristet er zu oft ein tristes Dasein – als leere Worthülse, als Fachbegriff in verschlossenen Schubladen. Dabei meint Partizipation das genaue Gegen-

teil: Mitmachen, Mitmischen, Mitgestalten – das alles steckt in diesem Wort. Einzulösen ist Partizipation nicht auf dem Papier, sondern in der Praxis: Im Lebensalltag der Kinder und Jugendlichen in Deutschland und in Europa.



Partizipation ist Gestaltungsmacht. Wer es ernst meint mit der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, der muss ihnen die Möglichkeit bieten, die Gesellschaft, in der sie leben und aufwachsen, aktiv mitzugestalten. Die Kinder- und Jugendverbände machen es Tag für Tag vor: Selbstbestimmt lernen die Heranwachsenden hier, ihre Interessen zu artikulieren, sie im Austausch mit anderen zu entwickeln und sie kreativ und effektiv

umzusetzen. Kurzum: Über Teilhabe eigenen sich Kinder und Jugendliche die Grundlagen der Demokratie an.

Auch in anderen Bereichen der Gesellschaft gilt es daher, Kinder und Jugendliche ihre Belange selbst in die Hand nehmen zu lassen. Das fängt bei der Gestaltung des Schulalltags an, umfasst die Beteiligungsrechte im Ausbildungsbetrieb und darf auch vor den Türen von Politik und Verwaltung keinen Halt machen. Vertrauen in die staatlichen Institutionen kann die junge Generation nur dann gewinnen, wenn Entscheidungen nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Und bitte kein Etikettenschwindel! Symbolische Politik und Nebenschauplätze reichen nicht aus: Wo Mitwirkung drauf steht, da muss es auch wirklich etwas zu entscheiden geben!

Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist der Wegbereiter für die Zukunft. Ohne den Gestaltungswillen und die Kreativität der jungen Leute, ohne ihre innovativen Gedanken und ihre Motivation, Neues zu schaffen, sieht unser Land ebenso wie Europa alt aus! Fit für die Welt von morgen wird die europäische Gesellschaft nur sein, wenn bereits heute diejenigen mitentscheiden können, die in ihr leben werden!

Arbeit und soziale Sicherung: Perspektiven schaffen!

Armut in Deutschland – dieses Thema wurde lange Zeit ignoriert nach dem Motto: „So was gibt es bei uns doch gar nicht!“ Das ist nicht richtig, und es war an höchster Zeit, dass seit 2001 erstmalig auch Armutsberichte der Bundesregierung erstellt werden. Denn die Zahlen sind alarmierend: Weit mehr als jeder Zehnte Bewohner unseres Landes lebt in Armut; allein 1,5 Millionen Kinder unter 18 Jahren

sind arm, die Sozialhilfequote unter Kindern ist doppelt so hoch wie in der Gesamtbe-



völkerung – Tendenz steigend! Es gilt sich klar zu machen, dass hinter den abstrakten Zahlen die Schicksale von Menschen stecken, und es gilt, den erschreckenden Anstieg von Armut in unserer Gesellschaft zu bekämpfen!

Die Armutsentwicklung steht in starkem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation und der Lage am Arbeitsmarkt. Doch zeigt etwa der Niedriglohnsektor, dass Erwerbstätigkeit allein nicht vor Armut schützt. Gerade hier kommt es darauf an, Perspektiven zu schaffen, die über eine kurzzeitige Senkung der Arbeitslosenstatistik hinausgehen. Die Verteilung der vorhandenen Arbeit durch flexiblere Arbeitszeitmodelle ist dazu ein guter Weg. Darüber hinaus gilt es, sich von einem überkommenen Begriff der Erwerbsarbeit zu trennen: Bereiche wie Bildung, Betreuung und Pflege sind nicht nur von höchster Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft, sondern sie müssen endlich auch als vollwertige Arbeitsfelder anerkannt werden.

Von Erwerbstätigkeit allein darf die soziale Sicherung dabei nicht abhängen. Auch hier gilt es, sich veränderten gesellschaftlichen Wirklichkeiten zu stellen und Grundlagen zu schaffen, die auch morgen noch tragen. In Zeiten, da Massenarbeitslosigkeit sich unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen als Dauerzustand verfestigt hat, ist ein weitreichendes Umdenken nötig. Die

Einführung eines Grundeinkommens ist nicht nur ein geeignetes Modell zur Armutsbeseitigung, sondern bietet auch die Chance für ein gesellschaftliches Verständnis, nach dem Arbeitlose nicht länger als „Bedürftige“ stigmatisiert werden. Eine Neuformulierung des Erwerbsverständnisses geht mit der sozialen Sicherung und der Armutsbekämpfung Hand in Hand. Gerade in Hinblick auf die Kinder und Jugendlichen in Deutschland ist rasches Handeln gefragt. Denn für sie bedeutet die finanzielle Not der Eltern nicht nur täglicher Mangel, sondern ihre eigenen Zukunftsaussichten verdüstern sich. Armut heißt für sie Ausgrenzung auf dem Schulhof, geringere Bildungschancen und unzureichende Entwicklungsmöglichkeiten. Armut bedeutet eine massive Einschränkung der Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen, die sich keine Gesellschaft leisten darf!

Föderalismus: Handlungsfähigkeit sicherstellen

Um politisch und gesellschaftlich effektiv zu handeln, braucht es klare und übersichtliche Strukturen.

Daher sind Reformen im Zusammenspiel von Bund und Ländern nötig, müssen die Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen Berlin und den Ländern klar geregelt sein. Der Maßstab für Veränderungen müssen inhaltliche

Argumente sein – und kein macht- oder parteipolitisches Geschachere! Dafür steht

in der Föderalismus-Debatte schlichtweg zu viel auf dem Spiel!

Der föderale Gedanke ist in unserem Staat stark ausgeprägt. Doch gilt es zu bedenken, dass wir in einem Bundesstaat leben – und nicht in einem losen Staatenbund.

Rechtlich ist das klar verankert in der Formel: „Bundesrecht bricht Landesrecht.“ Darin wurzelt die Grundlage für eine solidarische Gesellschaft, in der möglichst allen Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse und Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Einheitlichkeit auf Bundesebene schafft also Gerechtigkeit und Chancengleichheit – und dies muss gerade den Kindern und Jugendlichen in unserem Land zugestanden werden. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) achtet darauf, dass die Interessen der jungen Menschen in unserem Land bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Es liegt daher auf der Hand, dass das KJHG Bundesgesetz bleiben muss: nur so kann man den Belangen der jungen Menschen dort Gehör verschaffen, wo die Entscheidungen fallen. Und nur so ist ein Rahmen auch für die europäische Zusammenarbeit gegeben. Da die europäischen Staaten beginnen, gemeinsame Ziele in der Jugendarbeit zu vereinbaren, wäre es unverständlich, wenn Deutschland diese Regelungskompetenzen dezentralisieren würde.

Im Interesse der jungen Menschen in unserem Land darf es keine Zersplitterung des KJHG geben. Denn die Qualität in der Kinder- und Jugendpflege bleibt auf der Strecke, wenn 16 unterschiedliche Maßstäbe angesetzt werden. Zudem würde eine solche Aufspaltung die Mobilitätsbereitschaft in unserer Gesellschaft hemmen: In Zeiten, da Eltern für den Job über die Landesgrenzen hinaus mobil sein müs-



sen, müssen sie sich auf verlässliche Angebote der Kinder- und Jugendhilfe verlassen können – mit gleichen Standards in der ganzen Republik. Die Kinder- und Jugendhilfe kann nur dann alles Potenzial ausschöpfen, wenn rechtlich, organisatorisch und fachlich nicht an den Ländergrenzen halt gemacht wird.

Wehrpflicht, Zivildienst, Freiwilligendienst: Ohne Zwang in die Zivilgesellschaft!

Strammstehen für Vater Staat? Das klingt nach einem Kalenderspruch aus längst vergangenen Zeiten, nicht aber nach einem Satz, der Gültigkeit für´s 21. Jahrhundert beanspruchen könnte. Die Wehrpflicht ist nicht mehr gerecht – und damit nicht mehr verfassungskonform. Denn während nur jeder zweite Anwärter den Wehrdienst auch tatsächlich antreten muss, müssen Kriegsdienstverweigerer zu 100% damit rechnen, zum Zivildienst eingezogen zu werden. Von einer „Wehrgerechtigkeit“ kann also keine Rede sein.

Mit der Wehrpflicht steht auch der Zivildienst vor seiner Abschaffung – schließlich ist er als Ersatzdienst ins Leben gerufen worden. Damit eröffnet sich die Chance, neue Wege des bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen zu schaffen. Doch wer an die Stelle von Wehr- und Zivildienst andere Pflichtdienste setzen will, verharrt in alten Denkmustern. Für uns ist klar: Freiwilligkeit hat Vorrang – denn in ihr

liegt der Kern zivilgesellschaftlichen Engagements und gelebter Demokratie.

Junge Menschen haben großes Interesse daran, sich in der Gesellschaft zu engagieren – man muss sie also nicht dazu zwingen. Vielmehr geht es darum, neue Betätigungsfelder zu schaffen. Ob im Kindergarten oder im Sportverein, ob Naturschutz oder Kulturarbeit – junge Leute wollen in ganz unterschiedlichen Bereichen aktiv werden. Damit sie dies auch verwirklichen können, müssen bürokratische Hürden fallen – gerade auch in Hinsicht auf Dienste im Ausland.

Dabei gilt es zu beachten, dass Freiwilligendienste kein Ersatz für reguläre Arbeitsplätze oder die Ausbildung sind. Denn freiwilliges Engagement heißt immer beides: Sich einsetzen für andere – dabei aber auch die Möglichkeit haben, sich selbst kennen zu lernen. Das geht nur, wenn der Freiwilligendienst nicht als Lückenbüsser für gekürzte Jobs missbraucht wird, wenn er mehr bietet als Dienst nach Pflicht – und gewiss kein Strammstehen.



Quelle & weitere Infos:

www.dbjr.de

wer , wie , was?!?

Wer darf wählen?

Du darfst bei der Bundestagswahl am 18.09.2005 wählen, wenn du:

- ✓ am Wahltag 18 Jahre oder älter bist,
- ✓ und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt

Wenn diese Bedingungen auf dich zutreffen, erhältst du bis zum 28.08.2005 eine Wahlbenachrichtigungskarte zugesandt. Solltest du keine Karte bekommen, obwohl du wahlberechtigt bist, solltest du dich sofort beim Wahlamt in deiner Stadt melden, um das Problem zu klären. (Du bekommst nur für den Wahlkreis, in dem du gemeldet bist, eine Wahlbenachrichtigung!)

Wo darf ich wählen?

In welchem Wahllokal du wählen kannst und wo das ist, steht auf der Wahlbenachrichtigungskarte.

Was muss ich am Wahltag ins Wahllokal mitnehmen?

Das Einzige, was du mitnehmen musst, ist dein Personalausweis und die Wahlbenachrichtigungskarte.

Wie lange haben die Wahllokale geöffnet?

Alle Wahllokale öffnen um 8.00 Uhr und schließen um 18.00 Uhr.

Was ist eine Erststimme und was ist eine Zweitstimme?

Bei der Wahl hast du zwei Stimmen zu vergeben.

Mit der **Erststimme** wählt man die Kandidatin oder den Kandidaten, die sich im jeweiligen Wahlkreis direkt für ein

Mandat im Bundestag bewerben. Sie sollen später die Interessen ihres Kreises in besonderer Weise im Landtag einbringen. Die Erststimme von allen WählerInnen eines Wahlkreises werden ausgezählt - der Kandidat/die Kandidatin der/die insgesamt die meisten Stimmen hat, bekommt den Platz - das nennt man dann Direktmandat.

Die **Zweitstimme** gibst du einer Partei, deren Kandidat-inn-en auf einer Liste für das ganze Bundesland zusammengestellt werden. Die Zweitstimme bestimmt die Sitzverteilung im Bundestag. Damit wählt du also die Partei, von der du möchtest, dass sie die größte Kraft im Bundestag wird. Aus den Zweitstimmen ergibt sich, wieviel Prozent der Stimmen eine Partei bundesweit bekommt. Es zählt also jede Stimme - alle Parteien, die mehr als fünf Prozent der Stimmen bekommen, ziehen in den Bundestag ein.

Was ist, wenn ich nur eine Stimme abgebe; zählt die allein oder nicht?

Ja, auch wenn du nur eine Stimme vergibst, bleibt der Stimmzettel gültig. Doch warum solltest du das tun, wenn du doch die Chance hast, damit über die grobe Richtung der Politik der kommenden vier Jahre mitzuzentscheiden?!

Kann ich auch wählen, wenn ich zum Zeitpunkt der Wahl im Urlaub bin oder wegen Krankheit nicht ins Wahllokal kann?

Natürlich, kannst du auch per Briefwahl deine Stimme abgeben. Die Unterlagen dazu musst du aber beantragen, wo, steht

auf der Wahlbenachrichtigungskarte. Außerdem können alle Wahlberechtigten bis zum 16.09.2005, 18.00 Uhr, persönlich die Briefwahlunterlagen im Wahlamt abholen. Jeder Wahlberechtigte erhält eigene persönlichen Unterlagen. Für Familienmitglieder, Freund oder Freundin kann man die Unterlagen nicht mitnehmen.

Wenn du relativ plötzlich krank werden solltest, können die Unterlagen noch bis zum 18.09.2005, 15.00 Uhr, abgeholt werden. Hierzu muss die Person, die die Unterlagen abholt, einen vom Wahlberechtigten/von der Wahlberechtigten unterschriebenen Antrag und eine formlose schriftliche Vollmacht sowie ein ärztliches Attest über die plötzliche Erkrankung vorlegen.

Kann ich auch in einem anderen Wahlkreis als dem, wo ich gemeldet bin, wählen?

Nein, du darfst nur in dem Wahlkreis wählen, in dem du gemeldet bist und der auf der Wahlbenachrichtigung vermerkt ist. In jedem Wahlbüro gibt es WählerInnenlisten, in die alle Wahlberechtigten des Wahlkreises eingetragen sind. Mit Hilfe dieser Wählerinnen-listen und des Personalausweises wird dann im Wahllokal geprüft, ob man dem jeweiligen Wahlkreis und dem eigenen Wahlbezirk angehört.

Ich will mehr Infos über die Kandidatinnen und Kandidaten der einzelnen Parteien. Wo kann ich mich informieren?

Zum Beispiel auf den Websites der Parteien. Außerdem kann man sich in den Geschäftsstellen der Parteien mit Infomaterial versorgen. Adressen und Telefonnummern gibt es auf der Webiste des Kreisjugendrings: www.kjr-wiz.de.

Was ist, wenn ich außer meinem Kreuz noch eigene Kommentare auf den Stimmzettel schreibe?

Das geht leider nicht. Stimmzettel mit Kommentaren, Bildern oder Unterschriften sind ungültig und werden beim Auszählen aussortiert – diese Stimmzettel sind dann ungültig!

Was mache ich, wenn ich mich auf dem Stimmzettel verschrieben habe? Kann ich auch ein Kreuz wieder durchstreichen?

Nein, dann würde das Ganze als ungültig gelten. Solltest du dich verschrieben bzw. "verkreuzt" haben, fragst du am besten im Wahllokal nach einem neuen Stimmzettel. Der alte wird dann vernichtet, damit er nicht versehentlich in der Wahlurne landet.

Kann ich auch direkt die/den BundeskanzlerIn wählen?

Nein. Der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin wird in Deutschland nicht direkt gewählt. Theoretisch hat die Partei, die als stärkste aus der Wahl hervorgegangen ist, das Recht, den oder die von ihr gewünschteN Kandidaten/in vorzuschlagen. Damit eine Partei alleine bestimmen bzw. allein die Regierung bilden kann, bräuchte sie aber eine absolute Mehrheit (mehr als 50%). Wenn keine Partei die absolute Mehrheit erreicht, tun sich zwei oder auch drei Parteien zusammen und bilden eine Koalition, die sich dann auf eine Bundeskanzlerin/einen Bundeskanzler einigt. DieseR wird dann vom Bundestag zur/zum BundeskanzlerIn gewählt.

FAQs: wie, wer, was?!?

check
it ~~out!~~

Ich habe die Wahlbenachrichtigungskarte verloren. Was jetzt?

Keine Panik, du kannst trotzdem wählen. Geh einfach in dein Wahllokal (falls du nicht mehr weißt, wo das ist, erkundige dich bei deiner Gemeinde) und bring deinen Personalausweis oder Reisepass mit - das reicht.

Ich weiß noch nicht, was ich wählen soll. Wie kann ich mich entscheiden?

Informiere dich so umfassend über die Themen, die dich interessieren (und andere

auch), wie es dir möglich ist, und wähle dann die Partei, von der du denkst, dass sie am besten deine Interessen vertritt. (Don't forget: Alle vier Jahre wählen zu gehen, kann das alltägliche politische Engagement nicht ersetzen! Wenn du also meinst, dass deine Wünsche bisher nicht von den Parteien vertreten werden, solltest du überlegen, wo (oder bei welcher Partei) du dich am besten engagieren könntest, um was dafür zu tun, dass sich dieser Zustand ändert ;-)



das moderne gruppenhaus mitten in deutschland

haupt haus
53 Betten, alle Zimmer mit Dusche/WC, Vollverpflegung, Tagungsraum, Clubraum, Disko-Keller, Bastelraum,...

weitere angebote
Ropes Course - erlebnispädagogischer Seilgarten, Naturerlebnispfad, Billard, Kicker, Tischtennis, Bolzplatz, Lagerfeuerplatz,....

selbstversorgerhaus
12 Betten, Voll-, Teil- und Selbstverpflegung möglich, gemütlicher Gruppenraum

zeltplatz
Blockhütte mit Küche, Gruppenraum mit Schwedenofen und Sanitäreinrichtungen steht zur Verfügung

kontakt

Haus der Jugend "an den Großen Steinen"
Große-Steine-Weg 10 37235 Hessisch Lichtenau
Tel.: 05602/5821 Fax: 05602/7128
www.hdj-reichenbach.de info@hdj-reichenbach.de

Rund um die Wahl gibt es jede Menge Begriffe, die wir an dieser Stelle erklären wollen. Die >unterstrichenen Begriffe findest du jeweils auch in diesem Wörterbuch!

Abgeordneter:

Die Mitglieder des >Bundestages bezeichnet man als Abgeordnete. Als Abgeordnete sind sie nur ihrem Gewissen verpflichtet und frei in ihren Entscheidungen. Das heißt: Die >Partei oder >Fraktion der sie angehören darf nicht bestimmen, wie die/der einzelne Abgeordnete abstimmt oder sich äußert.

Aktives Wahlrecht:

Ist das Recht, bei einer Wahl wählen zu dürfen. Außerdem gibt es noch das >passive Wahlrecht

Briefwahl:

Wenn du am Wahltag aus wichtigen Gründen (Krankheit, Urlaub) nicht die Möglichkeit hast, dein >Wahllokal aufzusuchen, kannst du trotzdem wählen. Dafür gibt es die Briefwahl. Mit Hilfe der >Wahlberechtigungskarte kannst du beantragen, dass dir im Vorfeld der Wahl die Wahlunterlagen zugeschickt werden. Außerdem kannst du die Unterlagen bei deiner Gemeindeverwaltung abholen. Die Unterlagen müssen pünktlich am Wahltag um 18.00 Uhr wieder im Briefwahllokal sein, sonst kann der >Wahlzettel nicht berücksichtigt werden und verfällt.

Bundestag:

Der Bundestag setzt sich aus mindestens 598 >Abgeordneten zusammen, von denen 299 als >DirektkandidatInEn den Sprung in den >Bundestag schaffen. Die restlichen >Abgeordneten ziehen über die >Listen der >Parteien in den Bundestag ein.

Bundestagswahl:

Findet alle 4 Jahre statt. Alle am Tage der Wahl >Wahlberechtigten dürfen an der Wahl teilnehmen und über die Zusammensetzung des neuen >Bundestages entscheiden.

BundeswahlleiterIn:

>WahlleiterIn

DirektkandidatIn:

Bewirbt sich in einem >Wahlkreis um ein >Mandat im >Bundestag. Dort soll sie/er dann auch die Interessen des >Wahlkreises, in dem sie/er wohnt und in dem sie/er gewählt wurde, vertreten.

Erststimme:

Bei den Bundestagswahl hast du zwei Stimmen. Mit der Erststimme wählst du eineN der >DirektkandidatInnEn aus deinem >Wahlkreis. Außerdem gibt es noch die >Zweitstimme.

Fraktion:

Alle >Abgeordneten, die von der selben >Partei in den >Bundestag gewählt wurden, bilden gemeinsam eine Fraktion.

Landesliste:

Jede >Partei, die bei der >Bundes-
tagswahl antreten will, muss im Vorfeld
der Wahl in jedem Bundesland, in dem
sie antreten möchte, eine Landesliste
aufstellen. Der Anteil der Partei an den
>Zweitstimmen entscheidet darüber,
wie viele Personen der Landesliste in
den >Bundestag einziehen. Dabei
wird die Liste von oben nach unten
abgearbeitet. Je weiter oben ein E
KandidatIn also auf der Liste steht,
umso besser sind die Chancen, dem
nächsten >Bundestag anzugehören.

Legislaturperiode:

Ist die Dauer (i.d.R. 4 Jahre), für die der
>Bundestag gewählt wird.

Mandat:

>AbgeordneteR

MinisterInnen:

Haben einen festen Aufgabenbereich
(z.B. Finanzen, Jugend, Bau,...) für den
sie verantwortlich sind. Dafür können
sie sich einem großen MitarbeitelInnen-
Stab in ihrem Ministerium und
Fachbehörden bedienen.

BundeskanzlerIn:

Wird von den >Abgeordneten zu Beginn
der >Legislaturperiode für deren Dauer als
Chef der >Regierung gewählt.

Partei:

Ist ein Zusammenschluss von Menschen
gleicher oder ähnlicher politischer, sozialer,
wirtschaftlicher und weltanschaulicher
Willensrichtung, um sich im staatlichen
Leben Einfluss zu verschaffen.

Regierung:

Die Regierung besteht aus der/dem >Bun-
deskanzlerIn und den >MinisterInnen und
ist für die Ausführung der Beschlüsse des
>Bundestages verantwortlich (Exekutive).

Passives Wahlrecht:

Ist das Recht gewählt werden zu dürfen.

SpitzenkandidatInnEn:

Die Personen, die von ihrer >Partei auf den
ersten Platz der Liste gewählt wurden. Das
sind: Gerhard Schröder (SPD), Angela
Merkel (CDU), Joschka Fischer (Bünd-
nis90/Die Grünen), Guido Westerwelle
(FDP) sowie Gregor Gysi und Oskar
Lafontaine (Linkspartei).

Wahlberechtigt:

Das >aktive Wahlrecht hast du, wenn du
am Tage der Wahl

- ✓ 18 Jahre oder älter bist und
- ✓ die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt

Das >passive Wahlrecht hast du, wenn du
am Tage der Wahl

- ✓ 18 Jahre oder älter bist,
- ✓ die deutsche Staatsbürgerschaft seit
mindestens einem Jahr besitzt.

Wahlbenachrichtigungskarte:

Diese Postkarte findest du rechtzeitig vor
der Wahl in deinem Briefkasten. Sie ist sozu-
sagen die Einladung zum Wählen gehen –
du hast das Privileg und darfst mitentschei-
den, wie sich der nächste Bundestag
zusammensetzt. Die Chance solltest du dir
nicht entgehen lassen. Und Einladung
unbedingt am 18.09.2005 mit ins >Wahl-
lokal nehmen!

Wahlkreis:

Ganz Deutschland ist in 299 Wahlkreise
aufgeteilt. In jedem dieser Wahlkreise gibt
es >DirektkandidatInnEn, von denen du

eineN mit deiner >Erststimme den Weg in den >Bundestag ermöglichen kannst.

WahlleiterIn:

Der/die BundeswahlleiterIn trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der >Bundestagswahl. Dabei wird er von den WahlleiterInnen der einzelnen >Wahlkreise unterstützt.

Wahllokal:

Das Wahllokal ist der Raum, in dem du deine Stimme abgeben kannst und sicherlich ganz in deiner Nähe. Wo du das richtige Wahllokal findest, steht auf der >Wahlbenachrichtigungskarte.

Wahlprogramm:

Jede >Partei überlegt sich vor der Wahl, was sie in der kommenden >Legislaturperiode erreichen will. Diese Ziele schreibt die Partei in einem Wahlprogramm zusammen, dass du bei den Geschäftsstellen der Parteien beziehen, im Internet herunterladen kannst oder an den Infoständen erhältst.

Wahlurne:

In der versiegelten Wahlurne werden alle >Wahlzettel eines >Wahllokals gesammelt. Erst nach Ende der Wahlhandlung um 18.00 Uhr öffnet der/die >WahlvorsteherIn die Urne und die Auszählung der Stimmen kann beginnen.

Wahlvorstand:

In jedem >Wahllokal gibt es einen

Wahlvorstand. Dieser ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl verantwortlich und zählt am Wahltag ab 18.00 Uhr die Stimmen aus.

WahlvorsteherIn:

Die Chefin/den Chef des >Wahlvorstandes nennt man WahlvorsteherIn.

Wahlzettel:

bekommst du im >Wahllokal ausgehändigt. Der Wahlzettel ist das Formular auf dem du ankreuzt, welcher/-m >Direktkandidatin/-en und welche >Landesliste deine Stimme bekommen soll. Das müssen nicht die selben Parteien sein, sondern kann sich unterscheiden. Nachdem du deine Stimmen in der Wahlkabine abgegeben hast, wird der Zettel gefaltet und in einem Umschlag in die >Wahlurne gesteckt. In den Wahlkabinen liegen Stifte bereit. Damit kreuzt du jeweils ein Kreuz in jeder Spalte an. Das Durchstreichen von anderen Vorschlägen oder das Beschreiben des Zettels macht deine Stimme ungültig.

Zweitstimme:

Mit der Zweitstimme wählst du die >Landesliste der >Partei, mit deren Positionen und Zielen du dich am ehesten identifizieren kannst. Die Verteilung der Zweitstimmen entscheidet über die endgültige Größe des >Bundestages. Es ziehen die >Fraktionen in den >Bundestag ein, der bundesweit mehr als 5% der Zweitstimmen auf sich vereinen konnten.

Kreisjugendring Witzenhausen e.V.

Freizeiten für Kinder und Jugendliche
Veranstaltungen für Jugendgruppen
Aus- und Fortbildung für JugendleiterInnen
Tipps & Infos rund um die Jugendarbeit
Materialpool
Wochenendfahrten



www.kjr-wiz.de



JUGENDLEITER LEBEN LÄNGER

JULEICA

IM WERRA-MEISSNER-KREIS

STARK FÜR DICH UND ALLE



Tierisch wählen

check
it ~~out!~~

